

15.06.2006

### Mazedonien 21 Tage vor der Parlamentswahl

Noch 21 Tage bis zur fünften Parlamentswahl seit der Unabhängigkeit im Jahre 1990. Dies bedeuten aber auch noch drei Wochen heißer Wahlkampf, obwohl der offizielle Wahlkampf schon längst begonnen hat. Die größte Oppositionspartei mit ihrem Spitzenkandidaten Nikola Gruevski ist im Aufwind, die Regierung tut alles, um noch schnell vor den Wahlen ausländische Politiker und Staatsmänner nach Mazedonien für ihren Wahlkampf zu bekommen. Das Stimmungsbarometer im Lande steht auf Regierungswechsel.

Obwohl erst am 15. Juni laut Gesetz der Wahlkampf beginnen darf, hat das öffentliche Werben um die Wähler schon Mitte Mai begonnen. Auf großen Werbetafeln präsentierten sich die großen Parteien entweder mit Jubiläen (16 Jahre SDSM; 16 Jahre VMRO-DPMNE und 113 Jahre VMRO) oder mit unpolitischen Aussagen („Wie geht es Ihnen“ der LDP), um sich schon mal in Szene zu setzen. Am 5. Juli sind laut offizieller Verlautbarung des Innenministeriums 1.741.449 Wähler aufgerufen, die 120 Abgeordneten des neuen Parlaments zu wählen. Dies sind rund 30.000 Wähler mehr als im vergangenen Jahr bei den Kommunalwahlen. Die Listen geben immer wieder Anlass zum Streit, da sie auch viele Namen von im Ausland lebenden Gastarbeitern enthalten. Wie soll es auch anders erklärbar sein, dass ein Land mit rund zwei Millionen Einwohnern eine solch hohe Anzahl an Wahlberechtigten hat.

Nach der letzten Umfrage des Instituts für Demokratie wollen 35,7% für die VMRO-DPMNE, 26,6%, für die SDSM, 13,6 % für die DUI, 9,2% für die DPA, 6,6% für die NSDP, 3,7% für DOM und 2,3% für die VMRO-NP stimmen. Nach den derzeitigen Konstellationen erreicht eine **Mitte-Rechts-Koalition** aus VMRO-DPMNE, DPA und DOM **48,6%**, während die derzeitige **linke Regierung** auf **40,2%** käme. Rund 30% gaben an, nicht zur Wahl gehen zu wollen.

Ob die von der linken SDSM abgespaltene NSDP tatsächlich mit der Regierung gehen wird ist genauso unsicher, wie bei der VMRO-NP, deren undurchsichtiges Taktieren das Zünglein an der Waage werden könnte. Bislang sind dies noch Werte aus den letzten Wochen vor dem Wahlkampf und beinhalten nicht dessen Auswirkungen. Der Parteichef der NSDP hat jedoch schon erklärt, dass für ihn auch eine Koalition mit der VMRO-DPMNE denkbar ist. Die VMRO-DPMNE profitiert derzeit von einem Stimmungsumschwung und musste eigentlich nicht viel dafür tun. Hinzu kommt das mazedonische Wählerverhalten, wonach man nicht für eine bestimmte Partei zur Wahl geht, sondern man eher nach vier Jahren gegen eine Regierungspartei stimmt. Bislang konnte sich Nikola Gruevski auch besser in den Medien und der Öffentlichkeit darstellen. Die Bevölkerung hofft, dass er es besser macht, und alleine diese Hoffnung reicht für viele als Grund aus, ihn zu wählen. Bislang hat Gruevski kein Geheimnis daraus gemacht, dass die albanische DPA für ihn der Wunschkandidat für eine Koalition wäre. Allerdings machte er auch klar, dass er, wenn es knapp werden sollte, auch mit anderen sprechen wird. Fest steht, dass die Regierung auf breiter Basis ihren Rückhalt in der Bevölkerung und auch bei der eigenen Wählerschaft durch grobe Fehler und einer

vernichtenden Bilanz aus vier Jahren Regierungszeit verloren hat. Nominell verdienen die Menschen rund 20% weniger als noch vor 15 Jahren. Der heutige Durchschnittsverdienst von 210 Euro steht in keinem Verhältnis zu den Preisen, die teilweise über denen vergleichbarer in Deutschland liegen. Von Januar bis April erreichte das Handelsbilanzdefizit eine Höhe von 410 Millionen U\$ (Vorjahreszeitraum 365 U\$). Dies alles kann die Regierung nicht durch noch so ungeheuer und heute schon leere Versprechen aufwiegen. Mit 100 Mio. Euro sollen KMU unterstützt werden und mit weiteren 23 Mio. Euro die Landwirtschaft. Auch die Gehälter der öffentlich Bediensteten sollen um 12% angehoben werden. Angesichts leerer Kassen ist dies unmöglich. Die jüngste Ankündigung, an den Schulen kostenlos Obst zu verteilen, wird in den Medien schon lächerlich gemacht.

In der Regierungskoalition selbst herrscht Eiszeit. Die Kommunikation zwischen der SDSM und der albanischen DUI sind fast zum Erliegen gekommen. Dem Abwärtstrend der Regierung konnte auch sie nicht entkommen, wenngleich die DUI an vielen Entscheidungen nicht beteiligt war. Auch die albanischen Wähler sind enttäuscht, da die DUI sich nicht um ihre Versprechen (vor allem Arbeitsplätze) gekümmert hat. Offen hat die DUI schon erklärt, man sei auch für eine Koalition mit der VMRO-DPMNE bereit. Für den Wahlkampf hat sich die DUI gegen ein gemeinsames Auftreten mit dem derzeitigen Regierungspartner SDSM ausgesprochen und geht alleine. Allerdings ist die DUI nicht ganz unschuldig daran, durch ihre „albanisch-nationalen“ Alleingänge und Eigenmächtigkeiten ist sie kein leichter Koalitionspartner. Die Transformation von einer Bewegung zu einer politischen Partei ist noch nicht ganz geglückt. Ministerpräsident Kostov trat im Herbst 2004 aus Frustration über die ausufernde Korruption und unkonzertierter Aktionen der DUI zurück.

Die Menschen werfen ihrer Regierung Untätigkeit oder zumindest, zuwenig getan zu haben, vor. Die Kommunalwahlen im Jahr 2005 waren ein Desaster und von massiven Unregelmäßigkeiten gekennzeichnet, die Justiz handelte selbst nach Protesten der OSZE bei nachweislichen Fälschungen nur widerwillig. Ergebnisse, die sehr zweifelhaft waren, wurden höchstrichterlich bestätigt. Der staatliche Einfluss auf die Justiz war mehr als spürbar, umgekehrt merkte man, dass die Justiz auf „Anweisungen“ der Regierung wartete. EU, OSZE und auch jeder Besucher in Skopje ermahnt die Parteien, dass sie für freie, faire und demokratische Wahlen sorgen müssen. Rund 30% der Wahlberechtigten wollen nicht wählen, weil sie von Wahlmanipulationen ausgehen.

Generell stellt man fest, dass die Medien, die früher mit Masse regierungsfreundlich berichteten, weil man auch den langen Arm fürchtete, nun die Regierung und ihre Pläne viel heftiger kritisieren und mehr positiv über die Opposition berichten. Selbst beim staatlichen Rundfunk, deren Mitarbeiter ihre Jobs vorrangig der Regierung verdanken, ist eine solche Tendenz zu spüren. Die Wahlkampfunterstützung von Premier Erdogan aus der Türkei, der mit einer über 280 Mann starken Delegation und Vertretern von 150 Firmen anreiste, wurde nicht zum Großereignis hochstilisiert, wie es vielleicht noch vor rund drei Monaten gewesen wäre. Die Zeitungen berichten dafür über die Wahlkampffarbe der VMRO-DPMNE, dem Orange der CDU, die Jugend, Energie und Solidarität ausdrücken soll. Selbst der Besuch von Bundeswirtschaftsminister Glos wurde nicht einmal am Tag seiner Ankunft vorher angekündigt. Die Zeichen für einen Wechsel in Mazedonien sind deutlich erkennbar, die Mehrheit der Bevölkerung will den Wechsel.

Ulrich Kleppmann, AM